



Jonk Demokraten

Die repressive Drogenpolitik ist gescheitert

Vor etwa 12 Monaten veröffentlichte die JDL ein Presseschreiben zur Legalisierung von Cannabis, das für viel Aufmerksamkeit sorgte. Die aktuelle Diskussion um die Ereignisse rund um das „**Rock-A-Field**“ zeigen, dass dieses Thema weiter von großer Wichtigkeit ist und die Politik gefordert ist: **die Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte ist gescheitert und muss überdacht werden!**

Die Jungen Demokraten möchten **die Substanz Cannabis weiterhin nicht verharmlosen**. Trotzdem sind wir der festen Überzeugung, dass **eine staatliche Regulierung des Cannabiskonsums zu besseren Ergebnissen führt als die aktuelle Politik**.

Die Jungen Demokraten haben in den letzten Monaten intensiv mit der Demokratischen Partei über mögliche Alternativen in der Drogenpolitik diskutiert. Nach mehreren Zusammentreffen **wollen beide Organisationen gemeinsam Vorschläge für eine mögliche staatliche Regulierung des Cannabiskonsums ausarbeiten. Diese sollen zu besseren Präventionsmaßnahmen bei Jugendlichen, einer effektiveren Bekämpfung der organisierten Kriminalität und einer besseren Betreuung von Abhängigen führen.** Die Einnahmen einer möglichen Regulierung sollten dabei für präventive Maßnahmen bzw. für die Behandlung der Abhängigkeit eingesetzt werden.

DP und JDL teilen die Überzeugung, dass die repressive Politik gescheitert ist und ein neuer Weg eingeschlagen werden muss.

Überblick:

- **Sommer 2014:** Die **Jungen Demokraten fordern** mittels einer Pressemitteilung die **Legalisierung** von Cannabis zum therapeutischen und freizeithlichen Gebrauch
- **September 2014:** Die **Jungen Demokraten gründen** zusammen mit anderen Jugendorganisationen das „**Cannabis Bündnis Luxemburg**“
- **Februar 2015:** Das „Cannabis Bündnis Luxemburg“ organisiert eine Diskussionsrunde zur Drogenpolitik zwischen Experten und Politikern.
- **Mai 2015: Abstimmung im DP „Comité Directeur“:** Auf JDL-Initiative fasst die Demokratische Partei einen möglichen staatlich kontrollierten Gebrauch von Cannabis ins Auge und erklärt ihre Absicht gemeinsam mit der JDL Wege aus der repressiven Drogenpolitik auszuarbeiten.